

Name, Vorname

Förderungsnummer

**Durchführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BaföG)
Antrag gemäß § 25 Absatz 6 BaföG
(Erklärung über außergewöhnliche Belastungen)**

Ich, _____
Name, Vorname, Anschrift des Ehegatten / Vaters / der Mutter des Auszubildenden

beantrage zur Vermeidung einer unbilligen Härte einen weiteren Teil des Einkommens anrechnungsfrei zu lassen.

Im Bewilligungszeitraum vom _____ bis _____ fallen folgende außergewöhnliche Belastungen / Aufwendung an:

Art der Aufwendungen (bitte spezifiziert aufführen z.B. Vater: Grad der Behinderung (GdB) 50%)	Betrag €	Jahresbeträge (vom Amt für Ausbildungs- förderung auszufüllen)
Summe insgesamt		

Belege wie Kopie des Behindertenausweises oder Bescheid des Versorgungsamtes werden beigefügt.

Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind.

Ort, Datum

Unterschrift des Ehegatten / Vaters / der Mutter des Auszubildenden

Die außergewöhnlichen Aufwendungen werden anerkannt, wenn die hierfür erforderlichen Zahlungen im Bewilligungszeitraum erfolgen. Soweit in steuerrechtlichen Vorschriften Pauschalbeträge für die Abgeltung außergewöhnlicher Belastungen festgesetzt sind (z.B. bei Körperbehinderung), wird von diesen Werten ausgegangen, falls die Aufwendungen dem Grunde nach belegt sind (z.B. Schwerbeschädigtenausweis mit Angaben über den Grad der Erwerbsminderung). Aufwendungen, die die Pauschalbeträge übersteigen, werden berücksichtigt, wenn sie auch der Höhe nach glaubhaft gemacht sind. Das gilt auch für einmalige außergewöhnliche Belastungen.

Erläuterungen siehe Rückseite

Erläuterungen

§ 25 Absatz 6 BAföG

Zur Vermeidung unbilliger Härten kann auf besonderen Antrag, **der vor dem Ende des Bewilligungszeitraumes zu stellen ist**, ein weiterer Teil des Einkommens anrechnungsfrei bleiben.

Hierunter fallen insbesondere außergewöhnliche Belastungen nach den §§ 33 bis 33c des Einkommensteuergesetzes (EStG) sowie Aufwendungen für behinderte Personen, denen der Einkommensbezieher nach dem bürgerlichen Recht unterhaltspflichtig ist.

Außergewöhnliche Belastungen im Sinne des Steuerrechts liegen vor, wenn einer Person zwangsläufig, d.h. ohne das sie sich dem - aus rechtlichen, tatsächlichen oder sittlichen Gründen - entziehen kann, größere Aufwendungen erwachsen als der überwiegende Zahl anderer Personen gleichen Einkommens- und Vermögenslage und gleichen Familienstandes. Dabei bleiben Aufwendungen, die zu den Betriebsausgaben, Werbungskosten oder Sonderausgaben im steuerrechtlichen Sinne gehören, sowie Aufwendungen für Diätverpflegung außer Betracht.

Gemäß § 33b EStG belaufen sich die Pauschbeträge für Behinderte, Hinterbliebene und Pflegepersonen auf:

Grad der Behinderung	jährlicher Freibetrag
von 25 und 30	310,00 €
von 35 und 40	430,00 €
von 45 und 50	570,00 €
von 55 und 60	720,00 €
von 65 und 70	890,00 €
von 75 und 80	1.060,00 €
von 85 und 90	1.230,00 €
von 95 und 100	1.420,00 €
Blinde und dauernd Hilfebedürftige	3.700,00 €

Behinderten mit einem Grad der Behinderung von weniger als 50, aber mindestens 25 steht der Pauschbetrag zu:

- Wenn wegen der Behinderung ein gesetzlicher Anspruch auf Rente (z.B. Unfallrente, nicht aber aus der gesetzlichen Rentenversicherung) oder andere laufende Bezüge besteht oder
- die Behinderung zu einer dauernden Einbuße der körperlichen Beweglichkeit geführt hat oder auf einer typischen Berufskrankheit beruht.